

Forderungskatalog zur Landtagswahl 2018

an die im Hessischen Landtag vertretenen Parteien
sowie die Gewerkschaften und Lehrerverbände
GEW, GLB und UL



Stellungnahme der Landtagsfraktion FDP

bzw.

Stellungnahme der/des ---

Hinweis: Die Nummerierung der Forderungen stellt keine Priorisierung dar!

Forderung 1:

Mehr A-12-Stellen für „BÜA“-Netzwerkkoordinator(inn)en

Für die sog. „BÜA“-Netzwerkkoordinator(inn)en wurden 20 Stellen A 12 geschaffen. Für wie realistisch – und innerhalb welches Zeithorizontes – halten Sie die Schaffung weiterer solcher Stellen für „BÜA“ (nach Beendigung des derzeitigen Schulversuchs) und zur Koordinierung des Fachunterrichtes der „Mittelstufenschule“?

Ihre Stellungnahme (max. 500 Zeichen):

Die Nennung einer konkreten Zahl wäre unseres Erachtens zu diesem Zeitpunkt rein spekulativ, weil es davon abhängt, in welcher Art und Weise und Umfang BÜA ausgebaut und weiterentwickelt wird. Wir Freien Demokraten setzen auf eine bedarfsgerechte Zuweisung, die sich an den realen Bedarfen vor Ort orientiert.

Forderung 2:

Schaffung von A-12-Funktionsstellen für FLaTf

Für wie realistisch – und innerhalb welches Zeithorizontes – halten Sie die Schaffung von A-12-Funktionsstellen für FLaTf, die nicht zwingend ein Lehramt bedingen (Beispiele: Fortbildungs- oder Sicherheitsbeauftragte[r] einer Schule)? Diese Stellen werden seit langem ausschließlich an Oberstudienrätinnen und Oberstudienräte vergeben.

Ihre Stellungnahme (max. 500 Zeichen):

Wir werden dieses Anliegen sehr gerne aufnehmen und die etwaige Anpassung der rechtlichen Regelungen, die der Realisierung entgegenstehen könnten, ergebnisoffen überprüfen. Inwieweit solche Funktionsstellen zwingend als beamtenrechtliche oder als Angestellte im öffentlichen Dienst ausgestaltet werden sollen sollte mit den Interessenvertretern ausführlicher diskutiert werden.

Forderung 3:

Mehr Stellen für Koordinator(inn)en für Fachpraxis an beruflichen Schulen

Für wie realistisch – und innerhalb welches Zeithorizontes – halten Sie die Schaffung weiterer A-12-Stellen für Koordinator(inn)en für Fachpraxis an beruflichen Schulen? Nicht jede berufliche Schule in Hessen verfügt über eine solche Stelle; sehr große Schulen benötigen aufgrund ihrer Komplexität eine zweite Stelle.

Ihre Stellungnahme (max. 500 Zeichen):

Auch hier möchten wir im Dialog mit den Beteiligten die tatsächlichen Bedarfe eruieren und bedarfsgerechte Entscheidungen herbeiführen, um die Aufgabenwahrnehmung zu gewährleisten.

Forderung 4:
Besoldung nach A 13 für Koordinator(inn)en für Fachpraxis in beruflichen Schulen

Ist für Sie – und innerhalb welches Zeithorizontes – die Anpassung der Besoldung von Koordinator(inn)en für Fachpraxis an beruflichen Schulen von derzeit A 12 auf A 13 gehobener Dienst vorstellbar, wenn A-12-Funktionsstellen für FLaTf (siehe Forderung 2) geschaffen würden?

Ihre Stellungnahme (max. 500 Zeichen):

Auch hier stehen wir der Thematik grundsätzlich offen gegenüber und möchten die Möglichkeiten mit den Verbänden und Betroffenen überprüfen. Allerdings müssen auch diesbezüglich die beamtenrechtlichen Kriterien erfüllt werden. Demnach muss die Frage geklärt sein, welche Voraussetzungen zu erfüllen sind, um eine Anpassung der Besoldung vorzunehmen.

Forderung 5:
Aufstiegsmöglichkeiten für FLaTf in den höheren Dienst

Seit langem wird über Aufstiegsmöglichkeiten für FLaTf in den höheren Dienst diskutiert (u. a. „Baden-Württemberger Modell“). Die Umsetzung scheiterte immer wieder mit dem Verweis auf besoldungs- und laufbahnrechtliche Vorgaben („zweites Unterrichtsfach“). Wie steht Ihre Fraktion – Ihre Gewerkschaft – Ihr Lehrerverband aktuell dazu?

Ihre Stellungnahme (max. 500 Zeichen):

Wir teilen die Einschätzung, dass die besoldungs- und laufbahnrechtlichen Kriterien diesem Anliegen entgegenstehen. Jedoch setzen wir uns dafür, dass die Möglichkeiten zur Weiterqualifikation insbesondere im Rahmen der berufsbegleitenden Qualifikation ausgebaut und flexibilisiert werden müssen, so dass diejenigen, die dies anstreben auch eine Chance haben, ein Angebot wahrzunehmen. Organisatorische und strukturelle Hemmnisse gilt es zu beseitigen und die Betroffenen zu unterstützen.

Forderung 6:
Gleichstellung der Abschlüsse

Handwerksmeister(innen) erlangen mit Übergabe des Meisterbriefes die allgemeine Studierfähigkeit an allen Hochschulen, im Rahmen eines Modellversuchs wird nun auch beruflich Qualifizierten mit qualifizierter Berufsausbildung ohne Zugangsprüfung der allgemeine Hochschulzugang eröffnet.

Bewerber(inne)n aus nicht handwerklich-technischen Berufen (kaufmännische Berufe, Gesundheitsberufe etc.), deren berufliche Vorbildung bei der Einstellung in die pädagogische Ausbildung im Vorbereitungsdienst der Fachlehrerwärter(innen) für arbeitstechnische Fächer der der Handwerksmeister(inn)en gleichgestellt wird, wird dieses verwehrt.

Sind Sie bereit, die „Verordnung über den Zugang beruflich Qualifizierter zu den Hochschulen im Lande Hessen“ dahingehend zu ändern, dass alle (bisherigen und) zukünftigen FLaTf mit Lehrbefähigung in arbeitstechnischen Fächern in diese Verordnung aufgenommen werden, ohne sich ggf. einer Hochschulzugangsprüfung unterziehen zu müssen?

Ihre Stellungnahme (max. 500 Zeichen):

Wir nehmen diesen Vorschlag mit großem Interesse in unsere Überlegungen auf und möchten diesen gerne in vertiefenden Gesprächen diskutieren. Derzeit haben wir Freien Demokraten noch keine abschließende Positionierung, stehen aber der Frage aufgeschlossen gegenüber.

**Forderung 7:
Zukunft der FLaT**

Wo sehen Sie die Lehrergemeinschaft der FLaT in zehn Jahren? Wie schätzen Sie die Zukunftsperspektiven und Beschäftigungsmöglichkeiten der FLaT ein?

Ihre Stellungnahme (max. 500 Zeichen):

Die FLaT werden auch in zehn Jahren unverzichtbarer Bestandteil unseres Schulsystems sein und deshalb ist es auch unser Anliegen, dass die derzeitigen Rahmen- und Arbeitsbedingungen im Sinne der Betroffenen geprüft und angepasst werden. Zudem müssen die Qualifizierungsmöglichkeiten ausgebaut und flexible Umsetzungsmodelle auf den Weg gebracht werden, so dass die persönliche und berufliche Weiterqualifizierung unterstützt und gefördert werden kann.

**Forderung 8:
Änderung der Pflichtstundenverordnung**

Die PflStDV sieht vor, dass Lehrkräfte ohne Lehramt an beruflichen Schulen eine Unterrichtsverpflichtung haben, die eine Wochenstunde über der der Lehrkräfte mit Lehramt liegt.

Wie stehen Sie zu einer Änderung der PflStDV, wonach alle an einer beruflichen Schule tätigen Lehrkräfte eine gleich hohe Pflichtstundenzahl haben? Innerhalb welches Zeitraums halten Sie eine entsprechende Änderung für möglich?

Ihre Stellungnahme (max. 500 Zeichen):

Wir werden diese Problematik berücksichtigen und können die Kritik der betreffenden Lehrkräfte nachvollziehen. Demzufolge sollten Anpassungsmöglichkeiten geprüft und umgesetzt werden.